



PRESSEMITTEILUNG

Nr.125/GP

02.07.2018

**Förderprogramm "Gesundheitsregionen plus" weiter auf Erfolgskurs -
Bayerns Gesundheitsministerin Huml überreicht vier neue Bescheide an die
Stadt Amberg, den Landkreis Kulmbach, die Stadt und den Landkreis
Landshut sowie den Landkreis Main-Spessart**

Das Interesse am Förderprogramm "Gesundheitsregionen plus" von **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** ist weiterhin groß. Huml überreichte am Montag in Nürnberg die entsprechenden Bescheide an die Stadt Amberg, den Landkreis Kulmbach, die Stadt und den Landkreis Landshut sowie an den Landkreis Main-Spessart. Die Ministerin betonte: "Aktuell werden 41 'Gesundheitsregionen plus' gefördert. Damit ist deutlich mehr als die Hälfte aller bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte mit dabei."

Huml erläuterte: "Die 'Gesundheitsregionen plus' haben mittlerweile einen hohen Stellenwert - auf regionaler, aber auch auf der Landesebene. Dadurch nehmen sie vor Ort immer mehr die Rolle als Netzwerkschnittstelle und Diskussionsplattform in den Regionen ein."

Huml unterstrich: "Das Erfolgsrezept der 'Gesundheitsregionen plus' liegt darin, dass Städte und Landkreise passgenaue Lösungen für die örtliche Gesundheitsversorgung und Prävention entwickeln können. Ziel des Förderprogramms ist es, regionale Stärken auszubauen und die örtlichen Akteure stärker zu vernetzen. Gibt es Versorgungsprobleme in der Region, können die 'Gesundheitsregionen plus' die maßgeblichen Akteure über die Sektorengrenzen hinweg zusammenbringen, um so eine maßgeschneiderte Lösung für die Region zu entwickeln."

Das bayerische Gesundheitsministerium fördert Landkreise und kreisfreie Städte, die "Gesundheitsregionen plus" bilden, bis Ende 2020 mit bis zu 250.000 Euro je Region. Ein vom jeweiligen Landrat oder Oberbürgermeister geleitetes Gesundheitsforum übernimmt Planung und Steuerung der "Gesundheitsregion plus". Die Organisation und Zusammenarbeit innerhalb sowie zwischen den "Gesundheitsregionen plus" koordiniert dann eine dafür eingerichtete Geschäftsstelle. Daneben sollen sich Arbeitsgruppen vertieft mit den vor Ort drängenden Fragen zu Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung befassen.